

Promotionen

Promotion A

Sektion Marxismus-Leninismus
Hans-Peter Simon, am 15. Dezember, 13 Uhr, 7010, Karl-Marx-Platz, Universitätshochhaus, 1. Etage, Raum 5/6; Rolle und Politik der „Mittelstandsvereinerung der CDU/CSU“ für die Stabilisierung und Erweiterung der Massenbasis dieser Parteien (untersucht unter den Bedingungen der parlamentarischen Opposition auf Bundesebene im Zeitraum von 1969 bis 1978).

Bereits durchgeführt wurde das Promotionsverfahren von Sylvia Fuchs zum Thema: Politökonomische Aspekte der Entwicklung des Verhältnisses von Arbeitszeit und arbeitsfreier Zeit bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

Sektion Psychologie

Monika Lehmann, am 15. Dezember, 10 Uhr, 7030, Teckstraße 2, Hörsaal 18; Theoretische Überlegungen zu psychologischen Aspekten längerfristiger Auslandsaufenthalte und ausgewählte praxisrelevante Untersuchungen an einer im Rahmen der erweiterten medizinischen Betreuung angefallenen Stichprobe.

Samer Rudwan, am 15. Dezember, 14 Uhr, gleicher Ort; Ergebnisse empirischer Untersuchungen zur Erfassung von psychischen Funktionspotenzialen bei Patienten mit herzneuropsychischer und psychoneurotischer Symptomatik. Bereits verteidigt hat Sylke Stöbe ihre Dissertation zum Thema: Anforderungsanalyse zur Tätigkeit von Heimerziehern.

Sektion Geschichte

Daniela Schmitt, am 13. Dezember, 11 Uhr, 7010, Karl-Marx-Platz, Universitätshochhaus, 1. Etage, Raum 3/4; Bürgerlich-demokratische Parteien in der antiliberaltistischen Umwälzung 1944/45 bis 1948/49. Tschechoslowakische Nationale Sozialistische Partei (CSNS) und Liberaldemokratische Partei Deutschlands (LDP) im historischen Vergleich.

Frans-Mehring-Institut

Rüdiger Eckert, am 8. Dezember, 14 Uhr, 7030, Kurt-Eisner-Straße 1; Karl-Marx-Studien zur Geschichte der spanischen Revolution von 1906 bis 1914. Ein Beitrag zur wissenschaftlich-editorischen Bearbeitung des MEGA-Bandes IV/12. Institut für tropische Landwirtschaft

Folgende zwei Promotionsverfahren A wurden bereits durchgeführt:

Armin Hofhansel; Einfluß unterschiedlicher Düngung und Unkrautbekämpfung auf die Unkrautzonose in Zuckerrohrbeständen und auf Merkmale des Zuckerrohrs in Kuba.

Holger Gohlücke; Untersuchungen zu Wechselbeziehungen zwischen Wirtspflanze und Pathogen am Pathosystem Saccharum officinarum L. - Drechslera sacchari (Butler) Subram. & Jain.

Bereich Medizin

Thomas Schwartke, am 13. Dezember, 13 Uhr, 7010, Liebigstraße 37, 1. Etage, Konferenzzimmer des Carl-Ludwig-Institutes für Physiologie; Untersuchungen der postnatalen Entwicklung motorischer Reaktionen bei Faltungszug an normalen und hypoxisch belasteten Versuchstieren mit Hilfe einer elektromyographischen Methode.

Elias Schirmer, am 13. Dezember, 14 Uhr, gleicher Ort; Der Einfluß chronischer prä- und postnataler Kohlenmonoxidexposition auf das Herz-Kreislaufsystem von Meerschweinchen.



Redaktionskollegium: Susann Morgner (verantwortl. Redakteur), Jürgen Siewert (stellv. verantwortl. Redakteur), Dr. Elke Leinhold, Oliver Schieg (Redakteure), Dr. Bernd Avis, Martina Dickhoff, Dr. Brigitte Oesterwald, Wolfgang Göhne, Dr. Dr. sc. Karl-Wilhelm Hoake, Prof. Dr. sc. Günter Kotsch, Heike Lehmann, Dr. Wolfgang Lenhart, O. Roland Milder, Prof. Dr. sc. Klaus Schippel, Dr. Inchen Schlögl, Dr. Bernhard Scheffler, Dr. Annette Tröger.

Anschrift der Redaktion: Ritterstraße 8/10, Postfach 920, Leipzig 7010, Ruf-Nr. 7 19 74 59/4 60

Satz und Druck: LVZ-Druckerei „Hermon Duncker“ III 18 138 Leipzig. Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 65 des Rates des Bezirkes Leipzig. Bankkonto 5622-32-550 000. Einzelhefte: 15 Pfennig. 33. Jahrgang, erscheint wöchentlich. Die Redaktion ist Träger der Ehrenmedaille der KMU und der DSF-Ehrenmedaille in Gold.

Gegendarstellung

Werter Genosse Rüdgen!

Als Stadtbezirksbürgermeister halte ich bzw. erhalte ich fast alle einschlägigen Tageszeitungen unserer Messestadt. Ich bin dem Zufall dankbar, daß ich ein Exemplar der UZ Nr. 43 vom 24. 11. 89 - Organ der Kreisleitung der KMU - bekommen habe.

Inhalt und Stil des Reports auf Seite 5 haben mich sehr empört und diskriminieren die Einsatzbereitschaft und Exaktheit der Arbeit der Tausenden Wahlvorstände und Wahlhelfer unseres Stadtbezirks.

Ich erhebe gegen eine solche Art von Journalismus und Medienpraxis in Ihrer Zeitung schärfsten Protest.

Es stimmt mich sehr bedenklich, wenn sich im Organ der Kreisleitung der SED der KMU ein Redakteur unfähig, ja untauglicher journalistischer Mittel bedient, um der „Wahrheit über das Ergebnis der Kommunalwahl vom 7. Mai dieses Jahres auf die Spur zu kommen“.

Wenn ich die Übertreibung für ein erlaubtes journalistisches Mittel halte, bestimmte kritikwürdige Verhältnisse zu ändern, so halte ich die Entstellung, Halb Wahrheit, die Unwahrheit und mangelnde Kenntnis des Autors in wahlrechtlichen Angelegenheiten als Beweisführung für absolut untauglich und direkt falsch.

Ich bekenne mich für ein neues Wahlgesetz, für die Überarbeitung aller wahlrechtlichen Bestimmungen, für freie und geheime Wahlen. Allerdings mußten sich die Kommunalwahlen am 7. Mai auch im Stadtbezirk Leipzig-Mitte auf der Grundlage des noch geltenden Wahlgesetzes und wahlrechtlicher Bestimmungen vollziehen und haben sich auch so vollzogen.

Meine Bedenken zu der im genannten Report praktizierten Medienpolitik sind deshalb besonders groß, weil die Karl-Marx-Universität den weitaus größten Teil der Journalisten unseres Landes ausbildet.

Ich habe die Bitte, diese, meine Stellungnahme unzensuriert und ungekürzt in einer Ihrer nächsten Ausgaben zu veröffentlichen.

1. Zum Vorwurf eines „echten Verstoßes gegen das Wahlgesetz“, indem die 84 Wahllokale des Stadtbezirks Mitte nicht in der LVZ veröffentlicht wurden:

Auf der Grundlage des Paragraphen 30 des Wahlgesetzes sind die Wahllokale gleichzeitig mit der Eintragung der Wahlbezirke öffentlich bekanntzugeben. Eine Formvorschrift ist nicht gegeben. In der Tat erfolgte durch die LVZ nur eine Veröffentlichung der drei Sonderwahllokale. Bei künftigen Wahlen - so unsere Auffassung - sollten alle Wahllokale auf Plakaten veröffentlicht werden. Eine Veröffentlichung über die Tageszeitungen halte ich nicht für praktikabel, da für die gesamte Stadt Tausende Anschriften abgedruckt werden müßten.

Unterstrichen werden muß aber die Tatsache daß jeder wahlberech-

tigte Bürger mit seiner Wahlbenachrichtigungskarte sein Wahllokal in Form eines Aufdruckes erfährt, daß weiterhin auf Schulungen der Wahlhelfer und Wahlvorstände und z. B. auch in den Beratungen der WBA, die Wahllokale bekannt gemacht wurden und die Wahllokale selbst gekennzeichnet waren.

2. Veröffentlichung der Wahlergebnisse:
Es ist richtig, daß das Wahlgesetz eine eindeutige Wahlergebnisveröffentlichungspraxis nicht vorschreibt.

Zur Vorbereitung und Durchführung einer jeden Wahl hat bisher, so auch zur Wahl am 7. Mai, die Wahlkommission der Republik Wahldekretive erlassen. In der Wahldekretive zwei zur Wahl am 7. Mai 89 hieß es u. a.:

Pkt. 22: - Schriftliche Veröffentlichungen von Teilergebnissen durch den Wahlvorstand sind unzulässig.

Pkt. 32: - Der Vorsitzende der Wahlkommission der Republik veranlaßt die Veröffentlichung der zusammengefaßten vorläufigen und endgültigen Ergebnisse der Wahlen und trifft dazu erforderliche Festlegungen.

Ich meine also eine eindeutige Aussage.

3. Am 18. 5. 89 soll ich erst „nach stundenlangem Warten und eindringlichen Redens eines Vertreters der Bürgerinitiative“ bereit gewesen sein, ihm Einblick in die offiziellen Ergebnisse zu geben. Bei diesem Vertreter der Bürgerinitiative handelt es sich um Herrn Steinbach. Mit Herrn Steinbach und zwei weiteren Vertretern der Bürgerinitiative habe ich bereits am 6. Mai ein längeres Gespräch zu Wahlen, zum Wahlgesetz und wahlrechtlichen Fragen geführt.

Am 12. 5. 89 kam ich aus der Ratsitzung, Herr Steinbach stand in meinem Sekretariat, erklärte mir, daß er zahlreiche staatliche Stellen angefaßt, aber von keiner das Stadtbezirksergebnis erfahren habe. Ich habe Herrn Steinbach daraufhin informiert, daß ich eigentlich nicht berechtigt bin, Ergebnisse der Wahlen zu veröffentlichen. Dennoch habe ich ihm die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen für den Wahlvorschlag und die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen gegen den Wahlvorschlag genannt. Dieses Gespräch verlief sachlich und freundlich. Herr Steinbach war alles in allem nicht länger als zehn Minuten bei mir. Meine Mitarbeiter bestätigen diese Angaben.

4. Richtig ist, daß dem Sekretariat des Stadtbezirksausschusses der Nationalen Front ein Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl unmittelbar nach der Wahl zugegangen ist. Den Einspruch haben Frau Beate Brodmann aus dem Stadtbezirk Mitte und Herr Roland G. Rehe aus dem Stadtbezirk Südost gemeinsam unterschrieben. Durch das Sekretariat des SBA der Nationalen Front wurden diesen Bürgern innerhalb der gesetzlichen Frist von 14 Tagen mündlich mitgeteilt, daß ihrem Einspruch nicht stattgegeben

wurde. Meiner Meinung nach wäre die Schriftform besser gewesen.

Ordnungsgemäß wurde der Stadtbezirksbürgermeister von dieser Entscheidung informiert. Beiden Bürgern wurde mit Schreiben vom 26. 5. 89 nochmals informativ mitgeteilt, daß ihrem Einspruch gegen die Gültigkeit der Kommunalwahl am 7. Mai durch die Nationale Front nicht stattgegeben wurde.

Der Bürgermeister hatte also die souveräne Entscheidung der Nationalen Front nicht ersetzt, was im Report behauptet wurde.

Die Stadtbezirksversammlung bestätigte am 31. 5. 89 einstimmig den Schlußbericht der Stadtbezirkswahlkommission, stellte dann die Gültigkeit der Wahl fest und gab das Wahlergebnis bekannt.

5. Es wird behauptet, ich habe den Abgeordneten John, meinen Abgeordnetenkollegen, angelesen:

„Diese Behauptung weise ich auf das entschiedenste zurück. In dieser Aussage ist von einem Brief die Rede, der wie der Autor meint, die Vertreter der Bürgerinitiative nie erreichte. Es handelt sich um den Brief, der im Pkt. 3 genannt ist, den der Autor selbst wörtlich abdrucken ließ. Es erübrigt sich sicherlich jede weitere Bemerkung. Noch eines: Herr John ist Sekretär des CDU-Stadtbezirksvorstandes. Er ist weder Vorsitzender der CDU, noch CDU-Chef von Leipzig-Mitte, wohl aber Mitglied des Sekretariats des SB-Ausschusses der Nationalen Front von Leipzig-Mitte. Mir ist bekannt, daß Herr John als Mitglied dieses Sekretariats alle Entscheidungen in Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Wahl im Stadtbezirk Leipzig-Mitte mitgetragen hat.“

Übrigens, bei „Fr. Dr. Kase“ handelt es sich um unsere Abgeordnete Genossin Dr. Kasek, Mitarbeiterin der Sektion Biowissenschaften der Karl-Marx-Universität zu Leipzig.

6. Um all diese Vorwürfe gegen meine Autorität als Stadtbezirksbürgermeister und als Person zu belegen, führt der Autor die Stadtbezirksversammlung am 9. November an. Der Vertreter der Bürgerinitiative, der sprechen „durfte“, war Herr Steinbach. Der Autor kommt zu der Feststellung, daß ihm (Herrn Steinbach), während der ganzen Versammlung von dem anwesenden Stadtbezirksbürgermeister nicht widersprochen wurde. Woher hat Herr Schieg diese Kenntnis?

Sicher nicht von Herrn Steinbach, denn er verließ unmittelbar nach seinem Diskussionsbeitrag die SB-Versammlung. Herr Steinbach konnte deshalb einen Widerspruch nicht mehr hören. Das stenografische Protokoll dieser Stadtbezirksversammlung ist dafür Beleg genug.

Sie, Genosse Rüdgen, und die Leser der UZ sollten selbst entscheiden, ob Herrn O. Schieg der Beweis dessen, was mir zur Last gelegt wird, gelungen ist.

Vom Autor erwarte ich eine öffentliche Entschuldigung.

Mit sozialistischem Gruß!
SETZEPFAND,
Stadtbezirksbürgermeister

Öffentliche Entschuldigung

Hiermit möchte ich mich öffentlich bei Genossen Klaus Setzpfand dafür entschuldigen, daß ich in meinem Report „Wurden wir betrogen?“ (UZ/43 vom 24. November 1989) behauptet habe, er hätte Herrn John von der CDU belogen. Das ist eine eindeutige Wertung, die ich hiermit zurückziehe.

Oliver Schieg,
Redakteur Universitätszeitung

Der Autor des Reports führte in den vergangenen Tagen zwei kurze Gespräche mit Frau Dr. Kasek, Sektion Biowissenschaften unserer Universität, und mit Herrn John, Stadtbezirkssekretär der CDU, Leipzig-Mitte. Beiden wurde die Frage gestellt, wie der Genosse Setzpfand auf ihren Hinweis auf möglichen Wahlbetrug durch die Vorlage der Materialien der Bürgerinitiative reagierte. Hier ihre Antworten:

Frau Dr. Kasek Herr John

„Am Tag der Konstituierung der Stadtbezirksversammlung von Leipzig-Mitte hatten wir davor eine Parteiversammlung... Ich sagte, ich habe hier einen Brief. Da stehen verschiedene Sachen drin. Dazu hab' ich ein paar Fragen. Wie verhält es sich damit? ... Ich formuliere das lediglich als eine Frage. Und da meidete sich dann der Genosse Setzpfand zu Wort und sagte, es sei alles rechtens mit der Wahl. Mit den Leuten, die diesen Brief geschrieben haben, ist gesprochen worden. Es ist alles rechtens. Und dann hörte ich die Formulierung, die ich mein Leben nicht vergesse: „Du brauchst dir keinen Kopf zu machen, Kristina. Es ist alles in Ordnung.““

„Der Genosse Setzpfand teilte mir mit, daß eine entsprechende Aufklärung für mich ging daraus hervor: Es sei der Gruppe alles genannt worden. Wobei ich sagen muß, daß ich mich darauf verlies, was man mir sagte.“

Es ist richtig, daß mir Genosse Setzpfand sagte, an die Gruppe sei ein Brief geschickt worden, in dem der gesamte Sachverhalt aufgeführt wurde. Und damit hätte sich die Angelegenheit erledigt.“

Damit nicht wieder am Volk vorbeigeregelt wird

So leid's mir tut, die nebenstehende Gegendarstellung des Genossen Klaus Setzpfand, seines Zeichens Stadtbezirksbürgermeister von Leipzig-Mitte, überzeugt mich nicht.

Nein, sie befördert eher noch meine Vorbehalte. Da scheint man ganz schön am Volk vorbeigeregelt zu haben. Daß so mancher oft gar nicht anders könnte, eher selbst Objekt war, nötigt uns zwar in manchen Punkten Verständnis ab, macht die Sache jedoch um keinen Deut akzeptabler. Insofern erhalte diese Gegendarstellung wohl noch so manche Ecke dieses dunklen Kapitels sozialistischer Demokratie.

Ein paar Anmerkungen seien mir jedoch gestattet: Ja, es entspricht der Wahrheit, daß der Herr Steinbach am 18. Mai 1989 nicht stundenlang warten und dann auf den Stadtbezirksbürgermeister einreden mußte. Daraufhin angesprochen, bedauerte Herr Steinbach diesen Irrtum.

Die Ablehnung des Antrags auf Einspruch durch den Stadtbezirksbürgermeister sei jedoch nur eine zusätzliche Information der Vertreter der Bürgerinitiative, nicht die Ersetzung einer souveränen Entscheidung der Nationalen Front gewesen, mag ich nicht so recht glauben. Das erste Wort in dem Antwortschreiben des Stadtbezirksbürgermeisters heißt nun einmal: „zuständigkeitshalber“. Dazu keinen weiteren Kommentar.

Was die Antwort des Stadtbezirksbürgermeisters gegenüber dem CDU-Abgeordneten Herrn John betrifft, so sei auf das obenstehende Kurztinterview verwiesen. Auch existiert ein Brief des Herrn John vom 7. Juni 1989 an den Herrn Steinbach, in dem auf die Aussage Bezug genommen wird. Ich zitiere: „Ich habe mich mit dem Sekretariat des Stadtbezirksausschusses der Nationalen Front, dem Vorsitzenden der Stadtbezirkswahlkommission und weiteren Mitgliedern der Stadtbezirkswahlkommission in Verbindung gesetzt. Vom Vorsitzenden der Stadtbezirkswahlkommission, Bürgermeister Setzpfand, erfährte ich, daß ein Schreiben mit den von Ihnen gewünschten Daten abgeschickt wurde.“ Aber so ein Schreiben mit den von Ihnen gewünschten Daten ist bei den Vertretern der Bürgerinitiative nie angekommen. Wenn es sich um jenen Brief, den der Stadtbezirksbürgermeister „zuständigkeitshalber“ schrieb, handelt, und den ich zitierte, so fehlen diesem zumindest jene „gewünschten Daten“.

Im sechsten Punkt wird dem Herrn Steinbach unterstellt, unmittelbar nach seinem Diskussionsbeitrag auf der Stadtbezirksversammlung am 9. November 1989 diese verlassen zu haben. Was er - wie er mir glaubhaft versicherte - jedoch nicht tat und ganz genau zuhörte, als der Stadtbezirksbürgermeister ihm in dem Punkt, um den es hier geht - die Aussagen Genosse Setzpfands gegenüber Frau Dr. Kasek und Herrn John - eben nicht widersprach. Auch das stenografische Protokoll, auf das sich der Stadtbezirksbürgermeister beruft, beweist:

Folgende Passage aus dem Diskussionsbeitrag von Herrn Steinbach widerspricht Genosse Setzpfand nicht: „Ich möchte aber die einzelnen beiden Abgeordneten dieses Hauses, die sich unseres Wissens tatsächlich für uns eingesetzt haben, namentlich nennen: Es sind dies die Abgeordnete Frau Dr. Kasek und der Abgeordnete Herr John.“ Frau Dr. Kasek erfährt, mit uns ein klärendes Gespräch geführt worden. Ein solches Gespräch hat nicht stattgefunden und war auch zu keinem Zeitpunkt terminlich festgelegt. Herrn John teilte der SB-Bürgermeister mit, uns sei ein Schreiben zugegangen, das alle zur Aufklärung der Differenzen notwendigen Zahlenangaben enthielt. Ich zitierte vorhin aus dem tatsächlichen Schreiben des SB-Bürgermeisters. Es enthielt keinerlei Zahlenangaben.“

Am Ende meiner Ausführungen sei mir noch folgende Gedankenäußerung erlaubt. Der Leser mag wörtlich über meine unangenehme Recherche urteilen. Um das Urteil ist mir nicht bange.

Aber ein wesentlicher Gedanke so scheint es, geht verloren:

In meinem Report ging es mir niemals primär darum, Machenschaften irgendwelcher Leute aufzudecken. Nein, aufsetzen an einem konkreten Beispiel will' ich, daß die vorhandenen Strukturen unserer politischen Systems offensichtlich nichts taugen. Und hier ist doch gerade Aufklärung nötig. Damit nicht andere Personen in anderen Zeiten wieder am Volk vorbeigeregelt werden, ob nun als Subjekt oder Objekt.

Gerade wenn wir jetzt wirklich Demokratie durchsetzen wollen, müssen wir wissen, was sie vor uns zur Farbe degradierte. Insofern möchte ich meine Ausführungen nicht primär als Angriff gegen bestimmte Personen verstanden wissen.

OLIVER SCHIEG

(P. S.: Auch an dieser Stelle - wie hier zitierten Materialien bzw. Abschriften von diesen könnten jederzeit von jedem in der Redaktion eingesehen werden.)



In eigener Sache · In eigener Sache

Überall wird verändert. Manches passiert laut, anderes fast unbemerkt. Daß sich auch die Universitätszeitung den Erfordernissen und Möglichkeiten der Zeit zu stellen versucht, ist sicher (hoffentlich) schon manchem aufgefallen. Eine Entwicklung, die allerdings gar nicht so leicht zu bewerkstelligen ist.

Da gibt es einige sogenannte redaktionelle Gepllogenheiten, die ohne Zweifel der Kategorie der schlechten Gewohnheiten zuzuordnen sind; Stammeslieder von seitenlangen, jederzeit „aktuellen“ Pamphleten, die ebenfalls auf ihr Gewohnheitsrecht der Veröffentlichung pochen; Diskussionen über alte und neue „Kadex“ und Unklarheiten zwischen dem bisherigen Herausgeber SED-KL der KMU und dem voraussichtlich neuen, dem Rektor; ganz zu schweigen von technischen Problemen in der Druckerei.

Und alles diskutiert heftig darüber, was und wie die UZ künftig sein sollte.

Wir, die Redakteure und Mitarbeiter der UZ, wollen dabei auf keinen Fall vergessen werden. Wir wollen dabei sein, wenn nun über die Zukunft „unserer“ UZ entschieden wird. Und die Leser, so nehmen wir an, sicher auch. Deshalb wollen wir hier eine öffentliche Diskussion starten.

WAS WILL, SOLL UND KANN DIE UZ für die Uni sein?
Heute einige Vorstellungen von uns (die wir in Ansätzen schon seit kurzer Zeit ausprobieren).

Bei allen Überlegungen zur inhaltlichen Gestaltung der UZ muß der Charakter und die Möglichkeiten einer Wochenzeitung beachtet werden. Tagesaktuelle Informationen sind kaum zu übermitteln. (Selbst die Tageszeitungen haben damit zur

Ehrenamtliche Fahrer gesucht

Der GST-Kreisvorstand KMU will erreichen, daß jeder Student innerhalb seines Studiums seinen Führerschein (Klassen B und C) erwerben kann. Noch zu klärende Probleme bestehen einerseits in der Bereitstellung von PKW durch den GST-Kreisvorstand, die bereits zugesagt ist, aber nun endlich konkret (Zahlen und Daten zur Übernahme der Fahrzeuge) werden muß.

Andererseits ist für die geplante Reorganisation der Fahrschule der GST unbedingt die Hilfe der Studenten gefordert. Die Fahrer von GST-Kreisvorstand können zwar den Betrieb beginnen, jedoch alleine nicht bedarfsdeckend realisieren. Deshalb werden ehrenamtliche Fahrer und bildet Eure Kommilitonen aus! Ihr werdet selbst entscheiden, wie groß unsere Fahrschule wird und wie lang die Wartezeiten sein werden.

Alle interessierten Studenten und Nachwuchswissenschaftler melden sich ab sofort bitte beim GST-Kreisvorstand Karl-Marx-Universität, Nikolaikirchhof 4a, Leipzig, 7010, 4. Etage, Telefon 20 07 57 oder 7 19 74 55.

Voraussetzungen sind guter Gesundheitszustand (keine Brillenträger) und Führerschein Klasse C.

Die Vergütung erfolgt nach der Finanzrichtlinie des Zentralvorstandes der GST. Die Qualifizierung zum ehrenamtlichen Fahrer erfolgt ab II. Quartal 1990.